



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/159 - 15.7.1954

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Rückblick auf ein Jahr Bundestag	S. 1
Das Dreier-Treffen in Paris	S. 3
CDU - FDP - Koalition in Nordrhein-Westfalen	S. 4
<u>Anhang:</u> Die Parteitage der SPD seit 1945	

Ein Jahr des Vertagens

F. B. Der zweite Deutsche Bundestag hat am Donnerstag dieser Woche das erste Jahr seiner parlamentarischen Tätigkeit abgeschlossen. Kann man aber zu diesem Zeitpunkt, wie das so üblich ist, von einem parlamentarischen Mehr aus sprechen? Schwerlich, denn das erste Jahr der zweiten Legislaturperiode ist über die ersten Lesungen kaum hinausgekommen, d.h., alle Entscheidungen über wichtige Gesetze werden erst später fallen.

In der Außenpolitik hat sich die Gesetzgebungsarbeit - soweit es wichtige Vorlagen betrifft - praktisch auf die höchst umstrittenen Ergänzungen oder Verdeutlichungen des Grundgesetzes beschränkt, die die Bahn zur endgültigen Verwirklichung der so uneuropäischen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft frei machen sollten. Der Drang des Bundeskanzlers und die Willfährigkeit der Koalitionsparteien haben jedoch an der realen Situation nichts verändert, das Projekt kündigt nach wie vor im Siechenhaus.

In der Innenpolitik und in der Sozial- und Wirtschaftspolitik kann man im Grunde genommen nur ein Jahr des Stillstandes verzeichnen. Ein Stillstand, den wir alle als Rentner, Arbeitslosen und Fürsorgeempfänger bitter zu spüren bekommen haben, und der in einem krassen Gegensatz zu den maßlosen Wahlversprechungen der Koalitionsparteien vor dem 6. September 1953 steht. Wir sind in der Frage der

Sozialreform und der konkret versprochenen Erhöhung der Renten nicht einen Schritt weitergekommen. Wenn man jetzt kurz vor Toresschluss erfährt, dass das Kabinett in Kürze einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Altrenten beraten will, dann wird dieser neue Trost den betroffenen Kreisen nur ein müdes Lächeln entlocken können. Vertagt sind auch die Entscheidungen über die Wohnungsbaupolitik, die Steuerreform, das Kinderbeihilfengesetz, die Kartellfrage, die Verkehrsgesetzgebung und manches andere mehr.

Und trotzdem hat dieses parlamentarische Jahr auch etwas gutes gehabt. Die Linien und die Fronten sind noch klarer abgesteckt worden, der Bevölkerung dürfte es nach diesem Jahre leichter fallen, zu entscheiden, welchen Parteien man glauben und vertrauen darf. Die unsozialen Tendenzen dieser Regierung und dieser Mehrheit liegen so klar zutage, wie nie zuvor. Das Bestreben der Mehrheit, die Wahlgelder den spendenden Kreisen mit Profit und Zins und Zinseszins rückzuerstatten, beherrschte das Jahr. Man denke nur an die Beseitigung des Preistreibereiparagraphen im Wirtschaftsstrafgesetz oder die zahlreichen Bemühungen zur Privatisierung der lukrativen Teile des Bundesvermögens.

Der wesentliche Erfolg des abgelaufenen Jahres aber dürfte darin liegen, dass es der sozialdemokratischen Opposition im Verein mit allen Kreisen der Bevölkerung und eines großen Teiles der Presse gelang, mannigfache Bestrebungen der Bundesregierung und ihrer Parteien zur Knebelung der Meinungsfreiheit abzuwehren und den Gang zum Autoritativen wenigstens in etwa zu dämpfen. Es ist nicht gering einzuschätzen, dass es gelang, Dr. Wuermeling zum Schweigen zu bringen, es ist - wenigstens vorläufig - abgewehrt worden, dass Dr. Lenz die Presse "koordiniert" und es ist den Eifern in der Koalition nicht gelungen, beispielsweise die fakultative Zivilehe abzuschaffen.

An dem Verhältnis zwischen Opposition und Koalition hat sich in diesem Jahre nicht viel geändert. Wenn es auch gelang, in einigen Fällen die Front der Koalition aufzubrechen, in der Regel ist es doch so gewesen, dass die Abstimmungsmaschine dieser Parteien funktioniert hat, und der Mut der meisten Abgeordneten der Koalition hat sich darin erschöpft, nach der Abstimmung der Opposition zu versichern, dass sie ja im Grunde genommen anderer Ansicht seien.

Die sozialdemokratische Opposition kann auf das abgelaufene Jahr mit Befriedigung zurückblicken. Sie hat es zu keiner Stunde an Bemühungen fehlen lassen, die deutschen Interessen und die Interessen aller schaffenden Schichten der Völker zu vertreten. In manchen Fragen ist ihr, obwohl in der Minderheit, ein Erfolg beschieden gewesen. Es ist ihr gelungen, den Weg von der parlamentarischen Minderheit zur bestimmenden Kraft der deutschen Politik vorzubereiten und freizumachen.

Pariser Zwischenspiel

sp - Selten wurde die Schwäche und die Richtungslosigkeit der amerikanischen Außenpolitik so drastisch offenbar, wie in den letzten Tagen. Die Entfremdung der USA von der westlichen Welt nimmt geradezu beunruhigende Ausmaße an, und es gibt keinen Außenminister des Westens, dessen Hände so gebunden sind, wie die Foster Dulles. Fast wäre an der hartnäckigen Weigerung Dulles, seinen Stellvertreter Bedell Smith nach Genf zu entsenden, die westliche Allianz, von deren Erhaltung und Haltbarkeit der Weltfriede abhängt, in die Brüche gegangen.

Dem vereinigten Drängen Großbritanniens und Frankreichs nachgebend, hat nun doch, sozusagen in letzter Stunde, Dulles seine Einwilligung gegeben, dass sein Stellvertreter Smith nach Genf geht. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes treten nun in die entscheidende Schlußphase ein. Der energische und einfallreiche französische Ministerpräsident Mèndès-France kämpft um das Spiel seines Lebens. Sollte er scheitern und sein Versprechen, bis zum 20. Juli den schmutzigen Krieg in Indochina unter für Frankreich ehrenvollen Bedingungen zu beenden, nicht einhalten können, ist keine französische Regierung von gleicher Entschlossenheit und Geschlossenheit als Nachfolger denkbar.

Das weiß Mèndès-France, das wissen seine chinesisch-kommunistischen Verhandlungspartner und das weiß auch Foster Dulles. Deshalb konnte sich die neue französische Regierung nachdrücklich und mit Erfolg der Zumutung des amerikanischen Außenministers widersetzen, eine Art Junktur zwischen der Ratifizierung der EVG und dem Abschluß eines Waffenstillstandes herzustellen. Das Zweite wird unabhängig vom Ersten geschehen, Mèndès-France war in seinen Gesprächen mit Dulles nicht bereit, den für ihn wohl verhängnisvollen Fehler zu begehen, durch eine bindende Zusage an die USA hinsichtlich der EVG das Friedenswerk in Indochina in letzter Minute zu gefährden.

Frankreichs Position ist bei den pariser Verhandlungen unzweifelhaft gestärkt worden. Es kann, gewissermaßen im Schatten Washingtons, den "Fall Indochina" bereinigen, ohne befürchten zu müssen, dass in der Zwischenzeit und in unmittelbarer Zukunft fertige Tatsachen in

Europa geschaffen werden. Großbritannien und die USA werden in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung nicht einseitig vorgehen. Das ist ein großer Erfolg der französischen Politik und eine bittere Enttäuschung für Adenauer. Die Gewährung der "Souveränität" an die Bundesrepublik, die im Herbst zu erwarten ist, soll nach Möglichkeit in der Form einer Viermächtevereinbarung, also mit Zustimmung Frankreichs, und losgelöst vom EVG-Vertrag erfolgen. Zu diesem Schritt sind Großbritannien und die USA entschlossen, auch wenn Frankreich noch zögern sollte. Aber die Gewährung der "Souveränität" an die Bundesrepublik bedeutet nach den Erklärungen Churchills nicht das Startsignal für eine deutsche Wiederbewaffnung. Das ist ein unerwarteter Rückschlag für die Bundesregierung, für die die Souveränität gleichbedeutend mit der Freiheit war, zwölf deutsche Divisionen aufzustellen.

+ + +

Bonner Koalition in Düsseldorf

sp - In zehn Tagen wird die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen sich vorstellen. Sie wird sich, wenn auch im Augenblick die offizielle Mitteilung noch nicht vorliegt, aus CDU, FDP und Zentrum zusammensetzen. Das Ergebnis auf dieser Basis ist schneller zustande gekommen als man vielfach ohnehin angenommen hatte.

Die logische Konsequenz aus dem Wahl-Resultat wäre nach unserer Ansicht eine maßgebliche Beteiligung der SPD an der Regierung gewesen. CDU und SPD lagen vor jeder anderen Partei, auch der FDP, weit voraus und es wäre natürlich gewesen, die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen künftig von den beiden Hauptträgern des politischen Willens der Bevölkerung vertreten zu lassen.

Dass es dazu nicht gekommen ist, ist ohne Zweifel die Folge einer sehr großen Intervention des Bundeskanzlers auf den Ministerpräsidenten Arnold und auf die CDU in Nordrhein-Westfalen überhaupt, die Verbindung mit der FDP zustande zu bringen, um die Bonner Koalition oder doch ihr wesentliches Kernstück im größten deutschen Land ans Ruder zu bringen. Das sollte geschehen aus Gründen des außenpolitischen Prestiges der Bundesregierung. Ein Gesichtspunkt, der für die Gestaltung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen in Grunde

gar keine Rolle spielen dürfte, wenn man unter Landespolitik wirklich die Interessenvertretung eines Landes und nicht die einer Koalitionsregierung im Bund versteht.

Mit einer Mischung von Schmunzeln und Bedauern kann man nur zur Kenntnis nehmen was aus der "leidenschaftlichen" Auseinandersetzung der FDP mit der Kultur- und insbesondere Schulpolitik der CDU im Augenblick geworden ist, als es um die Besetzung von Ministerposten ging. Offenbar hat man auch in FDP-Kreisen selbst durchaus ein Gefühl für die Feinheit dieses Vorganges. Aus der Umgebung des Landesvorsitzenden der FDP, Middelhaufe, dem wahrscheinlichen Minister für Wirtschaft und Verkehr, verrietete unmittelbar vor der Vereinbarung mit Arnold, die FDP werde gegenüber den kulturpolitischen Ansprüchen der CDU sehr auf der Hut sein und vielleicht schon nach zwei Jahren Regierungsbeteiligung die Zusammenarbeit aufgeben, wenn nicht in erheblichem Maße ihre, der FDP, Vorstellungen auf diesem wichtigsten Gebiet der Landespolitik berücksichtigt würden. Aber die Leute, die dieses verbreiten, sollten sich einmal überlegen, wie unglaublich sie damit in dem Augenblick sind, in dem die FDP um der Regierungsbeteiligung willen ihren ganzen Wahlkampf in Nordrhein - Westfalen, wenigstens in der Rückschau, unglaublich macht.

Man wird nun abwarten müssen, wie dieses ungleiche Paar, CDU und FDP, seine Ehe in Nordrhein - Westfalen führen wird, in Düsseldorf wird man ja keine gemeinsame Außenpolitik machen können und viele Wähler der FDP werden sich die Mühe machen, die Wahlparolen ihrer Partei mit ihrer Landespolitik zu vergleichen.

Verantwortlich: Peter Raunau